



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

Entfelderstrasse 11, Postfach
CH-5001 Aarau

Medienmitteilung

Ort, Datum
Aarau, 29. Januar 2008

Ansprechperson
Peter Lüscher

Telefon direkt
062 837 18 18 01

E-Mail
peter.luescher@aihk.ch

F:\DATA_IHK\23_Medienmitteilungen\2008\Kantonale Abstimmungen vom 24. Februar 2008.doc

Volksabstimmungen vom 24. Februar 2008:

AIHK sagt Nein zum Grossratswahlgesetz und Ja zum Bahnhofkredit

Der Vorstand der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) hat sich an seiner letzten Sitzung mit den kantonalen Abstimmungsvorlagen beschäftigt. Er sagt einstimmig Nein zum Grossratswahlgesetz. Das vorgeschlagene Wahlsystem führt zu einer Zersplitterung im Parlament, weil weniger als ein Prozent der Stimmen für den Einzug einer Gruppierung in den Grossen Rat genügen. Aus Sicht der AIHK überwiegen die Nachteile des «Doppelten Pukelsheims» ohne Quorum gegenüber dessen Vorteilen. Für die AIHK wäre eine Zustimmung zu diesem Wahlsystem nur denkbar, wenn es mit einem Quorum kombiniert würde. Als Alternative ist auch das bisherige Wahlsystem, verbunden mit einer Gebietsreform, denkbar.

Der rasche Bau des neuen Aarauer Bahnhofs ist aus Sicht der AIHK für die Wirtschaft von Vorteil, einerseits mit Blick auf die Verkehrsanbindungen, andererseits auch als Visitenkarte für die Kantonshauptstadt. Der Kauf von Stockwerkeigentum durch den Kanton trägt zu einer raschen Realisierung des Vorhabens bei. Der AIHK-Vorstand sagt deshalb deutlich Ja zum Kreditbegehren.

Auf die Herausgabe einer Abstimmungsempfehlung zur Volksinitiative für die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts verzichtet der AIHK-Vorstand. Die Beschränkung der Beschwerdemöglichkeiten bei Bauvorhaben liegt im Sinne der Verfahrensbeschleunigung durchaus im Interesse der Wirtschaft. Der konkrete Vorschlag verfolgt zwar diese Zielsetzung, bringt aber keine wesentliche Verbesserung der Situation. Die AIHK verlangt deshalb, dass bundesrechtliche Einschränkungen des Verbandsbeschwerderechts auch ins kantonale Recht (Baugesetz) übernommen werden.

Zu den eidgenössischen Vorlagen hat der AIHK-Vorstand bereits früher Stellung genommen: Ja zur Unternehmenssteuerreform II, Nein zur Kampfjetlärminitiative.